

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Migration BFM
DB INT, Sektion Europa
Frau Giuseppina Iampietro und
Herr Markus Peek
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

17. Juni 2014

Vernehmlassung zur Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Festlegung der Modalitäten ihrer Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 1. April 2014 zum Vernehmlassungsverfahren betreffend die Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) und die damit zusammenhängende Vereinbarung mit der Europäischen Union (EU) eingeladen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns bestens und äussern uns dazu wie folgt:

Wir sind der Meinung, dass eine Beteiligung der Schweiz am EASO nützlich und mit wesentlichen Vorteilen verbunden ist. Sei dies im Zusammenhang mit dem Einholen von Auskünften über die Herkunftsländer oder auch mit dem Erhalt von Informationen, die der Frühwarnung dienen und damit einer adäquaten Vorbereitung zur Bewältigung möglicher Krisen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass diese Leistungen ohne materielle Auswirkungen auf das innerstaatliche Asylrecht erhältlich sind. Ebenso hat für uns Gewicht, dass Mitgliedsstaaten Unterstützung durch das EASO erhalten, die mit grossen Flüchtlingsströmen zu kämpfen haben; namentlich Griechenland oder Italien. Auch die Schweiz profitiert davon, wenn diese Staaten Schwierigkeiten im Asylbereich besser bewältigen können. Zudem wird dadurch das erfolgreiche Dublin-System zusätzlich gestärkt.

Vor diesem Hintergrund können wir uns einer Beteiligung am EASO anschliessen und unterstützen die entsprechende Vereinbarung.

Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Frau Claudia Hänzi, Chefin Amt für soziale Sicherheit, unter claudia.haenzi@ddi.so.ch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber